

**BU Nr. 237/2022****Bauordnung - Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten
- Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen**

Gremium	am	
Technischer Ausschuss	08.12.2022	öffentlich

Beschlussvorschlag:

Den überplanmäßigen Aufwendungen für Sachverständigen- und Gerichtskosten in Höhe von 27 000 € wird zugestimmt.

Haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Kosten:	37.000 Euro
Ansatz Haushaltsplan laufendes Jahr:	10.000 Euro
Haushaltsplan Seite:	Seite 381
Produkt:	52.10.0000. Bauordnung Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten
Maßnahme (nur investiver Bereich):	
Produktsachkonto:	52.10.0000.44316000
Überplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen:	Ja
Außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen:	Nein
Deckungsvorschlag: (wenn über-, außerplanmäßig)	Teilw. 8.500 Euro Verwaltungsgebühren 52.10.0000.33110000

Bezug zum Kursbuch Weinstadt 2030:

Kein Bezug zum Kursbuch

Verfasser:

17.11.2022 Baurechtsamt, Frau Sehl

Mitzeichnung:

Fachbereich	Person	Datum	Ergebnis
	Scharmann, Michael,	22.11.2022	Zustimmung
Oberbürgermeister	Oberbürgermeister		
Dezernat II	Deißler, Thomas,	22.11.2022	Zustimmung

Finanzverwaltung	Erster Bürgermeister Weingärtner, Ralf	21.11.2022	Zustimmung
------------------	---	------------	------------

Sachverhalt:

Für Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten wurden auf dem Produktsachkonto für das Baurechtsamt Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 Euro eingestellt.

Auf diesem Sachkonto werden neben den Gerichts- und Anwaltskosten auch die Sachverständigenkosten für die Brandverhütungsschau gebucht.

Deckungsvorschlag:

Die Sachverständigenkosten für die Brandverhütungsschau (ca. 8.500 €) werden den Grundstückseigentümern/Betroffenen in Rechnung gestellt und auf dem Produktsachkonto Verwaltungsgebühren 52.10.0000.33110000 eingenommen.

Aufgrund des Bruttoprinzips, das besagt, dass Erträge und Aufwendungen nicht gegeneinander aufgerechnet werden dürfen, sind diese getrennt aufzuführen.

Zu den überplanmäßigen Aufwendungen führen die im Haushaltsjahr 2022 angefallenen Anwaltskosten. Diese resultieren aus den sehr komplexen gerichtlichen Verwaltungsverfahren sowie den Kosten für Rechtsgutachten, damit Entscheidungen rechtssicher getroffen werden können.